

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Antje Huber MdB, Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, setzt sich mit einer Äußerung des niedersächsischen Innenministers Möcklinghoff auseinander: Ein Weltbild wie in Landserromanen.

Seite 1/2

Bruno Friedrich MdEP untersucht den SPD-Nachrüstungsbeschuß: Wer steht auf dem Boden der Partei?

Seite 3/4

Marie Schlei MdB befürwortet, unsere Politik im südlichen Afrika konsequent fortzusetzen: Von Rückschlägen nicht entmutigen lassen.

Seite 5

Willi Görlach MdL regt ein Treffen der SPD-Bezirks- und Landesvorsitzenden an: Wir brauchen jetzt mehr Gemeinsamkeiten als Streit.

Seite 6

Lothar Schwartz würdigt Walter Henkels zum 75. Geburtstag: Jagdrecht mit Feder und Flinte.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 27

9. Februar 1981

Ein Weltbild wie in Landserromanen

Antwort an Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff

Von Antje Huber MdB
Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Schier unglaublich ist der Kommentar des niedersächsischen Innenministers Egbert Möcklinghoff zu seiner neuen Kriminalitätsstatistik. Die anhaltende Periode des Friedens, so sagte er laut Zeitungsmeldungen, "bringt Teile unserer Jugend dazu, bei Meinungsverschiedenheiten die Lösung mit der Faust zu suchen. Die Aggressivität nimmt zu."

Man wagt nicht zu denken, welches Gegenkonzept da möglich wäre. Was für ein Weltbild hat Minister Möcklinghoff? Manche machen geradezu ein Ritual daraus, bei der Präsentation von Kriminalstatistiken die zunehmende Kriminalisierung der Jugend zu beklagen. Eine Arbeit Münchner Kriminologen, die das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit finanziert hat, mahnt zu mehr Besonnenheit. Schließlich spiegelt Statistik nicht tatsächliche Delinquenz wider, sondern das Anzeigeverhalten der Bevölkerung. Wenn ein junger Mensch den Verlockungen des Supermarktes erliegt und mal einen Kaugummi mitgehen läßt, reihe ich dies unter Bagatelldelikte ein. In der gesamten - angezeigten - Kriminalität Jugendlicher spielt Gewaltkriminalität aber nur eine sehr geringe Rolle.

Auch die Bilder, die uns das Fernsehen von den sogenannten "Jugendkrawallen" in jüngster Zeit ins Haus geliefert hat, dürfen uns nicht zu falschen Kommentaren hinreißen.



Die bisherige Auseinandersetzung mit den Ereignissen hat deutlich gemacht, daß gerade in der Einschätzung der Aggressivität und Gewaltbereitschaft der Jugendlichen zu unterscheiden ist zwischen den Gruppen der alternativen Szene, die zum Beispiel in Berlin-Kreuzberg die Instandbesetzung der verfallenen Altbauten organisiert haben und jenen "Autonomen Gruppen anarchistischer Zielsetzung" (wie die Polizei sie umschreibt), beziehungsweise K-Gruppen oder Ähnliches, die die vorhandene Unzufriedenheit als Sprengstoff für ihre Zwecke ummünzen wollen.

Ich halte es für fatal, wenn hier mangelnde Differenzierung die sowieso erschwerte Kommunikation mit den Jugendlichen völlig blockieren würde.

Der Anlaß für die Eskalation von Gewalt besteht in den meisten Fällen in real vorhandenen bisher nicht gelösten Problemen und Konflikten. Sowohl die Wohnungsmisere in Berlin ist offensichtlich als auch der Mangel an Freiraum für Jugendliche. Die Lösung dieser Probleme sollte gemeinsam angegangen und Entscheidungsgründe offen dargelegt werden.

Dazu gehört die Beseitigung des Mangels an Studentenwohnungen, Eindämmung von Spekulation mit Wohnraum und Grundstücken, ein Bodenrecht, das Gut und Boden als gemeinsame Lebensgrundlage anerkennt. Dazu gehört die offene Diskussion der Belastungen unserer Umwelt, und die der Gründe für die Unwirtlichkeit unserer Städte. Dazu gehört, daß wir uns fragen lassen müssen, wie es um unsere Solidarität mit denen steht, die gegen Unterdrückung für Demokratie in anderen Ländern kämpfen.

Dazu gehört aber auch, daß wir den jungen Menschen klar machen, daß wer Gewalt und Terror anwendet, sich selbst aus dem menschlichen und demokratischen Umgang herauskatapultiert.

Wir müssen über die unmittelbaren Anlässe hinaus nach den Ursachen der Reaktionen eines Teils der jungen Menschen fragen.

Technologisierung und Rationalisierung der Produktions- und leider - weitgehend auch der Lebensabläufe lassen individuelle Verhaltensspielräume geringer werden. Sogenannte "Sachzwänge" nehmen zu und werden in der Diskussion auch gegenüber Kindern und Jugendlichen häufig als Rechtfertigung für menschlich fragwürdige Entscheidungen angeführt. Gerade bei den Sensiblen der jungen Generation mündet die Macht- und Hilflosigkeit gegenüber dem, was sie als anonyme Sachzwänge verstehen, in Rückzug und Verweigerung beziehungsweise Aggression unter dem Motto: "Macht kaputt, was euch kaputt macht".

Um Mißverständnissen vorzubeugen, es gibt keinen Grund, Gewalt zu rechtfertigen oder zu tolerieren. So wie meine Generation die Lebenswelt Jugendlicher oft nicht richtig wahrnimmt, scheinen mir hier auch die jungen Menschen eine einseitige Sicht zu haben.

Gewaltanwendung zerstört aber jeden Ansatz zum problemüberwindenden Gespräch.

(-/9.2.1981/hi/ca)

+ + +



Wer steht auf dem Boden der Partei?

Der Nachrüstungsbeschluß als Koalitionsfrage und als Parteifrage

Von Bruno Friedrich MdEP
Mitglied des SPD-Vorstandes

Die öffentliche Diskussion über den rüden Stil des SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen, die Frage, ob und wie sich die SPD dagegen wehrt, haben von dem abgelenkt, was der sachliche Anlaß der Kontroverse ist. Hansen, aber auch andere, die im Unterschied zu ihm ernstzunehmende Stimmen sind, gehen von der Tatsache aus, daß nach der SALT II-Entscheidung des neuen US-Präsidenten Reagan SALT II, so wie es unterzeichnet worden ist, nicht zu akzeptieren, auch der Nachrüstungsbeschluß für die SPD nicht mehr gilt, weil ihm die Grundlage, die zu einer Mehrheitsentscheidung in der Partei führte, entzogen worden ist. Kurz, wenn dem so wäre, dann ergäbe sich für die SPD, für die Koalition, für den Kanzler eine neue Situation.

Nun ist die Haltung der SPD zum gefaßten Nachrüstungsbeschluß entscheidend für ihre Glaubwürdigkeit in Sicherheitsfragen, für die Glaubwürdigkeit der SPD als NATO-Bündnis mittragende politische Kraft und mitentscheidend für die Koalitionsfähigkeit und damit auch für die Kanzlerfrage.

Zunächst wird der Vorwurf, dem Beschluß sei die Grundlage entzogen, ungeprüft angenommen. In Wirklichkeit läßt die Parteitagebeschluslage eine solche Deutung nicht zu. Auch Karsten Voigt kann sich in seiner Interpretation nicht auf die Beschlüsse der Partei berufen.

Bereits 1977, als der Hamburger Parteitag im November über die Neutronenwaffe diskutierte, war auf die neue Dimension der sowjetischen Aufrüstung hingewiesen worden. Damals verband der SPD-Bundestag seine Erwartung, die Neutronenwaffe möge überflüssig sein, mit der Hoffnung, die Sowjetunion sei zur Rüstungsbegrenzung bereit. Das Gegenteil trat ein, obwohl Bundeskanzler Helmut Schmidt und Bundesverteidigungsminister Georg Leber 1977 öffentlich auf die bedenkliche Entwicklung der sowjetischen Rüstung aufmerksam gemacht hatten. In einem ungehemmten Aufrüstungsschub schuf die Sowjetunion mit den FS 20-Raketen und dem neuen Backfire-Bomber eine neue strategisch-nukleare Mittelstreckendimension. Das heißt, die Sowjetunion hat weder die Aufforderung des SPD-Parteitages 1977 noch die Mahnungen der Bundesregierung in diesem Jahr beachtet.

Der Nachrüstungsbeschluß der NATO im Dezember 1979, erst erfolgt nach ununterbrochener Dislozierung der Rakete FS 20, ist also ein eindeutiger Defensivbeschluß. Der SPD-Parteitag 1979 in Berlin hat sich in seinem Beschluß "Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik" ausdrücklich zur Gültigkeit der Abschreckung gegen politischen Druck und zur Landesverteidigung auf der wörtlichen Grundlage des NATO-Beschlusses von 1967 bekannt. Er hat sich in diesem Beschluß gleich zweimal, und zwar sehr eindeutig für die politische und strategische Einheit der Nordatlantischen Allianz unter der Führung der Vereinigten Staaten ausgesprochen. Er hat zugleich seine Befürchtung hervorgehoben, daß eine anhaltende Stärkung der militärischen Fähigkeiten des Warschauer Paktes die gegebene Stabilität gefährden könnte.

Wörtlich hat der Berliner SPD-Parteitag festgestellt (Ziffer IV/8): "Das Rüstungsverhalten der Sowjetunion in den letzten Jahren nährt Zweifel an den Motiven der sowjetischen Rüstungspolitik und erschwert eine realistische Rüstungskontrolle."

Zum Bereich nuklearer Waffen sagte der Parteitag: "Den Disparitäten bei den nuklearen Mittelstreckenpotentialen muß durch eine Kombination von verteidigungspolitischen und rüstungspolitischen Maßnahmen begegnet werden... Aus diesen Gründen soll die Bundesre-



gierung der Stationierung der von den USA in eigener Verantwortung entwickelten Mittelstreckenwaffen in Europa (die frühestens 1983 möglich ist) nur unter der auflösenden Bedingung zustimmen, daß auf deren Einführung verzichtet wird, wenn Rüstungskontrollverhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen führen."

Der am 12. Dezember 1979 in Brüssel gefaßte NATO-Beschluß zur Nachrüstung ist dieser Forderung des SPD-Parteitag von Berlin gerecht geworden. Jene, die jetzt in der SPD von einer neuen Situation sprechen, berufen sich auf einen Satz des SPD-Beschlusses zu SALT II, der lautet: "Bei einem Scheitern von SALT II würden durch ein Nachrüsten im Bereich der nuklearen Mittelstreckenraketen die Gefahren eines neuen Rüstungswettlaufs steigern und eine neue Lage schaffen."

Wer diese Lagebeschreibung so interpretiert, als ob damit in der SPD dem Nachrüstungsbeschuß der Böden der Parteimehrheit entzogen sei, gibt eine falsche Interpretation. Der Hinweis auf eine neue politische Lage ist kein Junktim des SPD-Parteitages zwischen SALT II und dem Nachrüstungsbeschuß. Dies hat der Parteitag ausdrücklich festgestellt, als er über folgenden Satz des Initiativantrages I/3 abstimmte: "Vor Ratifizierung von SALT II wird nicht an weiteren Beschlüssen der NATO über Modernisierung und Umstrukturierung der NATO-Waffensysteme mitgewirkt."

Auf Seite 128 des Parteitagsprotokolls von Berlin ist der Abstimmungsvorgang festgehalten. Der Parteitag hat diesem Antrag die Zustimmung ausdrücklich verweigert. Mit diesem Hinweis auf die Verweigerung des Parteitages wird nicht die Bedeutung von SALT II für den Rüstungskontrollprozeß herabgesetzt. Aber niemand kann sich bei einem Junktim von SALT II und Nachrüstungsbeschuß auf "die SPD" berufen, denn der Parteitag hat dieses Junktim abgelehnt. Eine politisch neue Lage ist auch nicht primär von den USA, sondern von der Sowjetunion durch die Invasion in Afghanistan, die militärischen Drohungen gegenüber Polen und die ungehemmte weitere Produktion und Dislozierung der FS 20-Raketen entstanden.

Der Beschluß zur Sicherheitspolitik über die Nachrüstung des Berliner Parteitages fand Aufnahme in das Wahlprogramm der SPD beim letzten Bundesparteitag in Essen im Sommer 1980. In der Außenpolitik der Koalition ist er ein Eckpfeiler in der Sicherheitspolitik. Wer Helmut Schmidt als Bundeskanzler kritisiert, übt also Kritik, weil der Kanzler einen Parteitagsbeschuß vollzieht, nicht weil er sich gegen ihn stellt.

Dieser Beschluß ist bis zu einer anderen Entscheidung eines Parteitages gültig. Es kann also keinen Zweifel geben, daß die Kritiker des Nachrüstungsbeschlusses öffentlich gegen das Votum der Parteimehrheit argumentieren. In diesem Falle ist es deshalb von der politischen Zuständigkeit her gesehen, nicht die Aufgabe des Regierungschefs, des Bundeskanzlers, sondern die des Parteivorstandes, in der Öffentlichkeit für die Klarheit und gegen eine Fehlinterpretation der Mehrheitsbeschlüsse der SPD einzutreten.

Jene, die behaupten, die USA hätten beim Nachrüstungsbeschuß die Geschäftsgrundlage einseitig verändert - zum Beispiel Erhard Eppler in seinem Spiegel-Interview - können dies nur behaupten, weil sie es ablehnen, die Position der Sowjetunion zur Kenntnis zu nehmen. Die USA haben uneingeschränkt das Abrüstungsangebot der NATO mitgetragen, und sie haben es bis heute noch nicht widerrufen, obwohl die Sowjetunion durch Außenminister Gromyko vor dem NATO-Beschluß und vor dem Berliner SPD-Parteitag 1979 erklären ließ, die Sowjetunion werde es ablehnen, über den Nachrüstungsbeschuß zu verhandeln. Diese Position hat die Sowjetunion mehrere Monate aufrechterhalten. Erst sechseinhalb Monate nach dem NATO-Beschluß, beim Besuch des Bundeskanzlers Anfang Juli in Moskau, hat die Sowjetunion positiv reagiert, aber positiv nur zum Ziel, nicht zum Verfahren.

Die Regierung Reagan ist nun drei Wochen im Amt. Sie hat ihre außenpolitischen Positionen noch nicht entwickelt. Es ist sachlich nicht begründet, für einen Bündnispartner befreundend und in der Logik der Argumentation unehrlich, wenn man der Sowjetunion eine Frist von sechseinhalb Monaten für eine erste Reaktion einräumt; der neuen USA-Regierung aber drei Wochen nach Amtsantritt die Preisgabe der Geschäftsgrundlage vorwirft. Wer in existentiellen außenpolitischen Fragen so operiert, wird sich krasse Einseitigkeit oder Mangel an Seriosität vorwerfen lassen müssen. (-/9.2.1981/ks/ca)



Von Rückschlägen nicht entmutigen lassen

Unsere Politik im südlichen Afrika konsequent fortsetzen

Von Marie Schlei MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Die Konferenz über Namibia ist gescheitert. Die südafrikanische Regierung hat erklärt, daß ihre Truppeneinfälle in die Nachbarstaaten, vor allem nach Angola, zu den Selbstverständlichkeiten gehören. Ihre Soldaten dringen bis in die Hauptstadt von Mocambique vor. Die Pressefreiheit in der Republik Südafrika selbst wird immer rigorosere eingengt, der Druck auf die schwarze Bevölkerungsmehrheit nimmt immer mehr zu. Ist unsere Politik im südlichen Afrika gescheitert?

Ich begrüße es, daß die Bundesregierung aus den bestehenden Tatsachen diesen Schluß nicht gezogen hat. Die umliegenden Frontstaaten haben schließlich ihr besonnenes Verhalten auf die Unterstützung durch die Bundesregierung und ihrer Verbündeten gründen können. Die Bundesregierung als Mitinitiator des Namibia-Planes hat zur Schaffung einer Lage beigetragen, durch die die SWAPO in Namibia kompromißbereit geworden ist. Alle haben die Fähigkeit zum Entgegenkommen gezeigt, nur einer nicht: Die weiße Minderheitsregierung in Prätoria. Ihr ist das Scheitern der Namibia-Konferenz anzulasten. Sie gefährdet ständig den Frieden durch empörende Übergriffe auf andere Länder und durch wachsende Unterdrückung im eigenen Land.

Mehr denn je zeigt sich, daß die Weißen in Südafrika freiwillig nicht zur Veränderung ihres Unrechtsregimes bereit sind, zu dessen Erhaltung sie den Einsatz aller Mittel für gerechtfertigt halten. Es zeigt sich, daß der bisher ausgeübte Druck auf der politischen Ebene, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen, nicht ausgereicht hat. Die USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und die Bundesrepublik Deutschland, die als eine Mitgliedergruppe des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in enger Kooperation eine Politik des friedlichen Wandels im südlichen Afrika begonnen haben, müssen und können ihre Anstrengungen zur Erreichung einer demokratischen und international anerkannten Lösung des Namibiaproblems verstärken. Auch die Organisation für Afrikanische Einheit wird ihre Bemühungen um Frieden im südlichen Afrika intensivieren müssen.

Jeder weiß, daß dies heute schwieriger durchzusetzen sein wird als jemals zuvor. International hat sich ein konservativer Trend verstärkt, der die Bereitschaft zu solchen Schritten weiter erschwert. Deshalb wird es mehr denn je an der Bundesregierung liegen, die Initiative für gemeinsame Maßnahmen gegenüber der Republik Südafrika zu ergreifen.

Gerade jetzt ist besonders viel von den Idealen westlicher Demokratie und Freiheit die Rede. Keiner, der diese Ideale für sich beansprucht, sollte zulassen, daß sie weiterhin von einem diktatorischen Minderheitsregime unseren schwarzen Brüdern in Südafrika vorenthalten werden.
(-/9.2.1981/ks/ca)

+ + +



Wir brauchen jetzt mehr Gemeinsamkeiten als Streit

Für ein Treffen der Bezirks- und Landesvorsitzenden der SPD

Von Willi Görlach MdL

SPD-Bezirksvorsitzender von Hessen-Süd

Was die SPD jetzt braucht, ist kein Streit über Themen, bei denen es legitimerweise verschiedene Auffassungen gibt, sondern klare Vereinbarungen über das, was gemeinsam getragen werden kann und muß. Für diese Gemeinsamkeiten im Bereich Friedens- und Verteidigungspolitik sowie Energiepolitik müssen die letzten Parteitagebeschlüsse die Grundlage sein. Damit nicht jeder in der Partei nur seine Rosinen herauspickt, müßten sich meines Erachtens die Vertreter der entscheidenden Parteigremien von Bund und Ländern schnell zusammenfinden, um sich für das konkrete Handeln der nächsten Monate abzustimmen.

Dabei muß es kein Schaden sein, wenn die Aussagen der SPD sich nicht voll in Deckung bringen lassen mit dem, was in einer Koalitionsregierung umzusetzen ist. Aber die Partei muß klar sagen, was sie will. In der Energiepolitik müssen aus dem Berliner Beschluß (Vorrang für Kohle, Einsparung, Alternativen nutzen, behutsamer Kernenergieausbau in Koppelung an Entsorgung) nun eiligst Vereinbarungen für das konkrete Handeln abgeleitet werden. Wieviel und wo überall Kraftwerke auf Kohle- oder Kernenergiebasis gebaut werden, darf nicht allein den Antragstellern überlassen werden, sonst wird die Beschlußlage der Partei durch Salamtaktik entwertet.

Ich habe bei Willy Brandt ein Treffen aller Bezirks- und Landesvorsitzenden mit der Parteispitze innerhalb der nächsten vier Wochen angeregt. Parallel dazu müßte das gleiche Bemühen der Bezirke mit ihren Unterbezirken laufen. So ist es zur Zeit bereits in Hessen-Süd und Hessen-Nord der Fall.

Eine der Hauptursachen für die Schwierigkeiten in der SPD ist der Umstand, daß die einen nur die Sachwänge in der Regierung sehen und die anderen nur die Parteibeschlüsse. Man versucht gar nicht mehr ernsthaft, Bezüge und auch Kompromisse zwischen beiden Ebenen herzustellen. Dies muß aufhören. (-/9.2.1981/ks/ca)

* + *



Jagdrecht mit Feder und Flinte

Walter Henkels zum 75. Geburtstag

Von Lothar Schwartz

Pressesprecher des SPD-Vorstandes

Heute haben Bonner Einladungen zu Botschaftsempfängen, Buchvorstellungen und sonstigen gesellschaftlichen Ereignissen keine Chancen auf größeren Zuspruch. Denn Walter Henkels wird zum Erstaunen vieler Zeit- und Zechgenossen bereits 75 Jahre alt und läßt zur Gratulationscour bitten.

Trotzdem müssen die meisten sozialdemokratischen Köpfe, denen der Jubilar die schriftstellerische Ehre erwiesen hat, bei der von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung angesetzten Henkels-Parade fehlen: Präsidium und Vorstand der Bundestagsfraktion der Sozialdemokraten tagen heute nachmittag in Berlin.

Es erscheint geboten und angemessen, an dieser Stelle und auf diese Weise zu Protokoll zu geben, daß mangelnde sozialdemokratische Präsenz bei der Jubilarenehrung im umgekehrten Verhältnis zur beruflichen Anerkennung und menschlichen Wertschätzung steht, die der schon zum journalistischen Denkmal gewordene "Bonner Hof- und Stadtschreiber" auch bei der linken Mitte genießt. Wie man gelegentlich glaubwürdig hört, handelt es sich dabei um eine dauerhafte Sympathie auf Gegenseitigkeit.

Die - wie beim allwissenden "Munzinger-Archiv" nachzulesen - "Bonner Institution" Walter Henkels hat schon viele Würdigungen erfahren und wird aus dem gegebenen Anlaß noch zusätzliche Lobpreisungen und Lorbeeren entgegennehmen können und müssen. Deshalb meinen wir Sozialdemokraten, soweit wir mehr als die journalistische "Institution" kennen und schätzen gelernt haben, heute vor allem dem liebenswürdigen kenntnisreichen und interessanten Gesprächspartner und kritischen, aber nie hämischen Begleiter unserer Politik "en gros und en detail" ganz herzlich danken zu sollen.

Wir wünschen Walter Henkels weiterhin Freude an der aktiven Mitgliedschaft in der schreibenden und grünen Zunft unseres Landes. Wir wünschen ihm fortdauernde Gesundheit für die Ausübung der Jagdrechte mit Feder und Flinte auf politische Köpfe und kapitale Böcke. Wir haben allerdings zum Schluß die herzliche Bitte, auch in den nächsten Jahren um die Vermeidung von Verwechslungen bei dieser Jagdausübung bemüht zu sein.

(-/9.2.1981/bgy/ca)

+ + +

